

■ UNTERNEHMEN ABERMALS PESSIMISTISCHER – ARBEITS- LOSIGKEIT STEIGT WEITER

Die Einschätzung der aktuellen Auftragslage durch die Unternehmen zeigt weiterhin keine Verbesserung der Konjunkturlage an. Die Erwartungen zur Produktionstätigkeit in den kommenden Monaten wurden neuerlich pessimistischer. Die Hochwasserkatastrophe verursachte darüber hinaus enorme Vermögensverluste und beträchtliche Produktionsausfälle, denen die Arbeiten zur Behebung der Schäden erst mit einer gewissen Verzögerung entgegenwirken werden.

Gemäß der im August vom WIFO im Auftrag der EU durchgeführten Konjunkturumfrage hat sich die Einschätzung der aktuellen Auftragslage gegenüber den Vormonaten kaum verändert, die Erwartungen für die Produktionstätigkeit in den kommenden Monaten haben sich jedoch neuerlich eingetrübt. Dabei erfolgte die Befragung im Wesentlichen vor der Flutkatastrophe. Nur eine kleine Zahl von Unternehmen übermittelten ihre Meldungen so spät, dass sie die Hochwasserfolgen in ihrer Einschätzung bereits berücksichtigen konnten.

Die Flutkatastrophe hat private Wohnhäuser, Betriebsgebäude und öffentliche Infrastruktur (Straßen, Bahnlinien) zerstört. Die Vermögensverluste dürften nach neuesten Informationen an der unteren Grenze der vom WIFO ursprünglich erwarteten Bandbreite (2,5% bis 3,5% des BIP) liegen¹⁾. Der Einfluss auf das Wirtschaftswachstum, der durch Produktionsausfälle einerseits und Reparaturarbeiten andererseits entsteht, dürfte per Saldo relativ gering sein (siehe Kasten). Der Tourismus und die Versicherungswirtschaft sind am stärksten negativ betroffen, die Bauwirtschaft wird vom Wiederaufbau Impulse erhalten.

Die Konjunkturumfragen in Österreich stehen im Einklang mit jenen in Deutschland. Die jüngste Befragung des Münchner ifo-Institutes unter deutschen Unternehmen deutet ebenfalls auf eine Unterbrechung des Aufschwungs – wenn nicht sogar auf einen neuerlichen Abschwung hin: Der Geschäftsklimaindex hat sich im August zum dritten Mal in Folge verschlechtert. Ausschlaggebend war die pessimistischere Einschätzung der Entwicklung in den nächsten sechs Monaten.

**Der Konjunkturbericht entsteht
jeweils in Zusammenarbeit aller
Mitarbeiter des WIFO.**

¹⁾ Kramer, H., Budgetpolitik und wirtschaftspolitische Strategie, WIFO, Wien, August 2002, http://iitan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=2&pubid=22581&pub_language=-1&p_type=0.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe

Die starken Regenfälle Mitte August hatten vor allem in Ober- und Niederösterreich katastrophale Überschwemmungen zur Folge. Das Hochwasser verursachte große Schäden an Infrastruktur, Betriebs- und Wohngebäuden. In Mitleidenschaft gezogen wurden auch Agrarflächen, Transportmittel, Mobiliar und Gebrauchsgüter. Bei der Beurteilung der ökonomischen Effekte muss zwischen der Beeinträchtigung der Produktion und dem Vermögensverlust unterschieden werden. Die Quantifizierung fällt in einigen Bereichen sehr schwer. Für den Gesamteffekt auf das Wirtschaftswachstum im Jahr 2002 kann nicht einmal das Vorzeichen mit Sicherheit bestimmt werden. Für eine Schätzung dieses Effekts müssen die Produktionsausfälle der Mehrproduktion für die Wiederherstellungsarbeiten gegenübergestellt werden:

Produktionsausfälle

- Bewertet man den Schaden an den betroffenen *landwirtschaftlichen Flächen* mit den im Vorjahr erzielten Erntemengen und Erzeugerpreisen, dann liegt der Ernteausfall zwischen 14 Mio. € und 30 Mio. € (besonders Zuckerrüben und Mais). Die angegebene Obergrenze dürfte relativ robust sein, da nicht in jedem Fall von einem Gesamtausfall der Ernte auszugehen ist. Der Schaden entspricht etwa 0,6% bis 1,2% des Wertes der Pflanzenproduktion bzw. 0,25% bis 0,5% des Outputs der österreichischen Landwirtschaft.

Im Vergleich dazu ist der zu erwartende Dürreschaden im Getreidebau von rund 10% wegen Trockenheit während des Herbstanbaus 2001 und im Frühjahr 2002 nach demselben Bewertungsschema auf etwa 50 Mio. € zu schätzen und übersteigt damit deutlich den Hochwasserschaden. Die Hochwasserkatastrophe hat jedoch einige Betriebe nahezu die gesamte Ernte gekostet.

- Der *Tourismus* ist von der Flutkatastrophe besonders schwer betroffen. Diese ereignete sich gerade im August, dem wichtigsten Reiseverkehrsmonat. Die Ausfälle sind im restlichen Jahresverlauf nicht mehr auszugleichen. Die Nachricht von der Katastrophe zieht auch andere Zielgebiete in Österreich in Mitleidenschaft. Viele Urlauber schrecken davor zurück, in einem „Katastrophengebiet“ Urlaub zu machen. Weiters waren auch Herkunftsgebiete der Gäste (Deutschland und Tschechien) von den Unwettern betroffen. Der für Urlaubsausgaben vorgesehene Teil des Haushaltseinkommens dürfte hier zumindest teilweise in Reparaturen fließen.
- Die Schadenszahlungen der *Versicherungen* gehen als Abzugsposten in die Berechnung des Bruttoinlandsproduktes ein, soweit diese nicht durch Rückver-

sicherungen oder durch Rückstellungsaufösungen gedeckt sind. Die Zahlungen sind bei Hochwasserschäden zwar meist limitiert, dennoch dürften sie einen dreistelligen Millionenbetrag ausmachen. Nach den Angaben einiger Versicherungen dürften die Zahlungen rund 500 Mio. € erreichen. Über Rückversicherungen schlagen auch Schäden in Tschechien bei den österreichischen Versicherungen zu Buche.

- Der Produktionsverlust in den betroffenen Regionen erstreckte sich auf *viele Branchen*, der individuelle Schaden war für einzelne Unternehmen enorm.
- Die *kostenlose, freiwillige Hilfeleistung* wird mangels einer geeigneten ökonomischen Bewertungsmöglichkeit nicht in die gesamtwirtschaftliche Produktion eingerechnet. Hingegen kann sich der Ausfall am Arbeitsplatz in einem Produktionsentgang niederschlagen.

Produktionsanstieg

- Die erforderlichen Reparaturarbeiten an Gebäuden und Straßen erhöhen die Bauproduktion, die von der Konjunkturschwäche besonders betroffen ist. Die Preiseffekte dieser Nachfragesteigerung dürften klein sein, da die Kapazitätsauslastung in der Bauwirtschaft derzeit gering ist.
- Wie hoch die positiven Auswirkungen auf *Produktion und Handel* von Ersatzanschaffungen sein werden, hängt einerseits von Höhe und Art der Schäden ab und andererseits von der Bereitschaft, diese zu ersetzen. Der durch die Wiederherstellung des Wohnbedarfs eingeengte finanzielle Spielraum wird häufig keine vollständige Ersatzanschaffung in naher Zukunft zulassen.
- Auch die gegen Bezahlung geleisteten Überstunden bei *professionellen Hilfsorganisationen* erhöhen die gesamtwirtschaftliche Produktion.

Zweifellos betragen die Vermögensverluste ein Vielfaches der Produktionsausfälle. Das BIP erweist sich jedoch in diesem Fall als schlechter Wohlstandsindikator: Es berücksichtigt nicht die Zerstörung von Vermögen, wohl aber dessen Wiederherstellung. Die Gemeinden beziffern ihre Infrastrukturschäden mit rund 500 Mio. €. Zusätzlich entstanden – allerdings in viel geringerem Umfang – Schäden bei Land und Bund. Allein in Niederösterreich wurden rund 10.000 Häuser in Mitleidenschaft gezogen. Die Wertminderung von Wohn- und Betriebsgebäuden durch jahrelange Feuchtigkeit ist quantitativ kaum zu erfassen. Dazu kommen Produktionsausfälle sowie die verminderte Nachfrage im Tourismus. Die Produktion konnte in den meisten Betrieben relativ rasch wieder aufgenommen werden, die Auswirkungen auf die Tourismuskonsumnachfrage dürften jedoch noch längere Zeit zu spüren sein.

Auch der aktuelle Geschäftsgang im verarbeitenden Gewerbe wurde etwas ungünstiger als in den letzten Befragungen beurteilt. Im Bauhauptgewerbe blieb der Geschäftsklimaindikator unverändert, im Einzel- und Großhandel fiel er nach einer leichten Erholung im Vormonat wieder auf den Stand vom Juni zurück.

Durch die Konjunkturschwäche wurde der deutsche Staatshaushalt erheblich belastet. Heuer wird es für Deutschland schwierig werden, das Budgetdefizit unter der im Stabilitäts- und Wachstumspakt vereinbarten Höchstgrenze von 3% des nominellen BIP zu halten. Um den Staatshaushalt bis 2004 wie vorgesehen auszugleichen, würde es einer äußerst restriktiven Fiskalpolitik bedürfen. Das könnte nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, sondern auch in Österreich und ganz Europa beeinträchtigen.

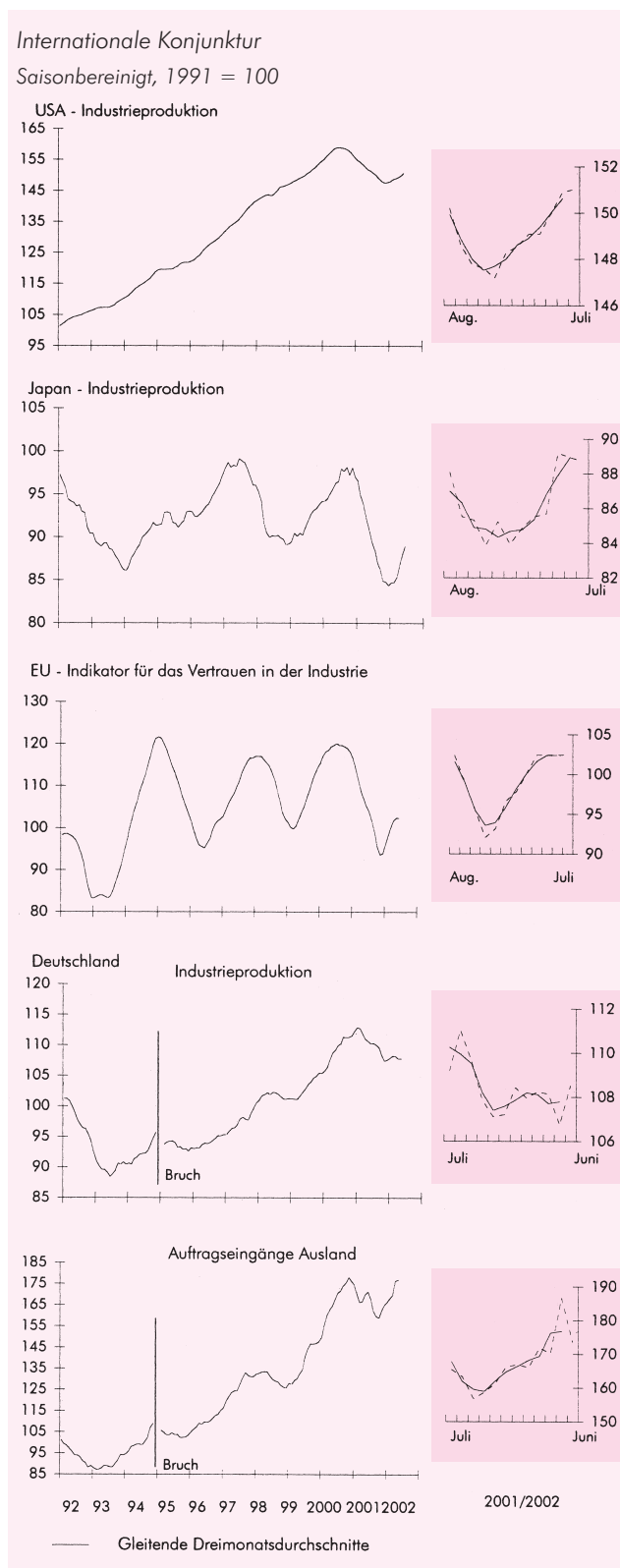
Die Verzögerung des Aufschwungs in der EU gibt der EZB mehr Spielraum in der Zinspolitik. Die Inflationsrate liegt im Euro-Gebiet bei rund 2%, sie dürfte infolge der schwachen Konjunktur in den kommenden Monaten tendenziell zurückgehen. Das Geldmengenwachstum überstieg zwar in den letzten Monaten den Referenzwert deutlich; das lässt sich jedoch mit Sondereinflüssen erklären.

Die Dollarschwäche trägt über eine Verbilligung der Importe zum Nachlassen der Inflation im Euro-Raum bei, allerdings verschlechtern sich dadurch auch die Exportchancen für europäische Güter. Die negativen realen Effekte der Höherbewertung einer Währung treten gewöhnlich mit einer Verzögerung von zwei bis drei Quartalen ein. Diese dämpfenden Effekte sind ein Risikofaktor, da angesichts der schwachen Binnennachfrage der Außenbeitrag für die Euro-Länder derzeit die wichtigste Konjunkturstütze ist. So betrug der Handelsbilanzüberschuss im Euro-Raum im 1. Halbjahr 2002 42 Mrd. €, nach nur 4,3 Mrd. € im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

KONJUNKTUR DER USA STEHT AUF SCHWACHEM FUNDAMENT

In den USA wuchs die Wirtschaft nach dem starken Aufschwung zu Jahresbeginn im II. Quartal mit +1,1% auf Jahresbasis hochgerechnet kaum mehr. Die vorausseilenden Konjunkturindikatoren lassen keinen klaren Trend erkennen: Einerseits verschlechterte sich das Konsumentenvertrauen, andererseits stiegen zugleich die Auftragseingänge für langlebige Wirtschaftsgüter.

Die dynamische Entwicklung der Konsumausgaben der privaten Haushalte bildete in den vergangenen Quarta-



len die Hauptstütze der schwachen Konjunktur in den USA. Die expansive Geld- und Fiskalpolitik veranlasste die Konsumenten zu einer beträchtlichen realen Ausgabenausweitung. Im IV. Quartal 2001 betrug sie rund 1,5% gegenüber dem Vorquartal, im I. Quartal 2002 0,8%, im II. Quartal aber nur noch knapp 0,5%. Hingegen sind die realen Anlageinvestitionen seit einem Jahr rückläufig, und auch der negative Außenbeitrag wurde

laufend größer. Da die privaten Konsumausgaben rund 70% des BIP der USA ausmachen, könnte eine anhaltende Abschwächung der Dynamik rasch in eine weitere Rezession führen. Der vom US Conference Board erhobene Indikator für das Vertrauen der Konsumenten in die wirtschaftliche Lage ging im August deutlich zurück und erreichte mit 93,5 (1985 = 100) den niedrigsten Wert seit November 2001. Eingetrübt haben sich laut Umfrage sowohl die Beurteilung der aktuellen Lage als auch die Zukunftsaussichten der Konsumenten. Der Einbruch der Aktienkurse im Sommer schlägt sich hier offenbar nieder. Der starke Kursverfall ist auch im Zusammenhang mit den Bilanzfälschungen einiger großer Unternehmen zu sehen.

Andererseits deuten manche Indikatoren auf eine Aufwärtsentwicklung in naher Zukunft hin. So stiegen die Auftragseingänge für langlebige Wirtschaftsgüter im Juli kräftig (+8,7%). Dafür waren nicht Rüstungsaufträge maßgebend, sondern vor allem Investitionsgüteraufträge im nichtmilitärischen Bereich (+13,5%). Dies könnte auf ein Ende der Investitionsschwäche hinweisen. Der Einkaufsmanagerindex hat sich im August – nach einem kräftigen Rückgang im Juli – stabilisiert.

Die japanische Wirtschaft hat die Rezession zumindest vorübergehend überwunden. Nach einer Stagnation im I. Quartal erhöhte sich das BIP im II. Quartal saisonbereinigt um 0,5% gegenüber der Vorperiode. Vor allem der Außenbeitrag nahm merklich zu. Ein Rückgang der Nachfrage aus den USA könnte diesen noch sehr fragilen Aufschwung aber schnell wieder verebben lassen.

HANDELSBILANZÜBERSCHUSS DES EURO-RAUMS STARK GESTIEGEN

Die Schwäche der Binnennachfrage in der Euro-Zone lässt die Importnachfrage zurückgehen, sodass trotz der geringen Exportausweitung der Außenbeitrag kräftig zunimmt und das Wirtschaftswachstum stützt.

Nach vorläufigen Angaben von Eurostat erhöhte sich der Handelsbilanzüberschuss des Euro-Raums im Juni auf 10,7 Mrd. €. Für das gesamte 1. Halbjahr 2002 ergibt sich dadurch ein Saldo von 42 Mrd. €, nach nur 4,3 Mrd. € im Vorjahr. Der Überschuss der EU gegenüber den USA stieg von Jänner bis Mai im Vorjahresvergleich von 13,0 Mrd. € auf 22,8 Mrd. €. Gegenüber Japan wurde das Defizit im gleichen Zeitraum um 4,5 Mrd. € gesenkt. Das reale BIP erhöhte sich im Euro-Raum nach ersten Berechnungen im II. Quartal saisonbereinigt um 0,3% gegenüber dem Vorquartal (+0,6% im Vorjahresvergleich); die EU-Kommission hatte eine Zunahme um 0,3% bis 0,6% gegenüber dem Vorquartal

erwartet. Demnach setzte sich die leichte Erholung in der Euro-Zone in ähnlichem Ausmaß wie im I. Quartal (+0,4%) fort.

Der Aufschwung ist aber keineswegs selbsttragend. Die Wachstumsimpulse kommen aus dem Ausland – vor allem aus den USA. Eine neuerliche Abschwächung der Konjunktur in den USA, verstärkt durch einen dauerhaft niedrigeren Dollarkurs, könnte den langsamen Aufschwung der europäischen Konjunktur gefährden, bevor er auf die Komponenten der heimischen Nachfrage – insbesondere die Investitionstätigkeit – übergreift. Während die privaten Konsumausgaben nach einem Rückgang im I. Quartal (real –0,2% gegenüber der Vorperiode) im II. Quartal wieder wuchsen (+0,4%), verringerten sich die Bruttoanlageinvestitionen um real 0,8%; sie sind bereits seit Anfang des Vorjahres rückläufig.

Impulse für eine dynamischere Entwicklung in naher Zukunft sind weder von der Fiskalpolitik noch von der Geldpolitik zu erwarten. Die Statistik der Einzelhandelsumsätze im Euro-Raum spiegelt eine geringe Konsumnachfrage wider: Nach einem saisonbereinigten Rückgang um real 1% im April gegenüber dem Vormonat und einem kleinen Anstieg von 0,3% im Mai verringerten sich die Einzelhandelsumsätze im Juni wieder um 0,5% (–0,9% gegenüber dem Vorjahr).

Die Industrieproduktion der Euro-Länder wuchs im Juni nach einer Stagnation im Mai um Saison- und Arbeitstageseffekte bereinigt um 0,5%. Vor allem in Deutschland (+1,7%) und Finnland (+4,1%) wurde die Produktion im Juni spürbar ausgeweitet. Hingegen sank die deutsche Industrieproduktion im Juli wieder um 1% gegenüber der Vorperiode.

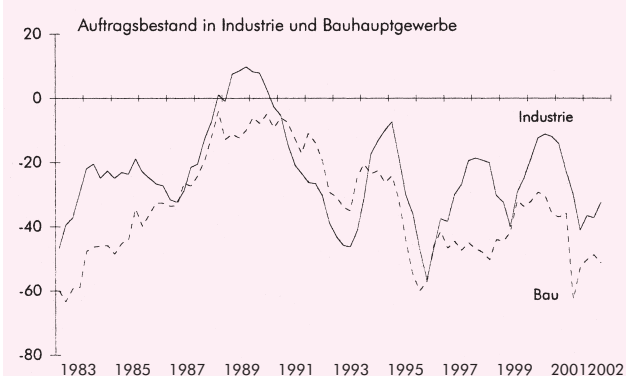
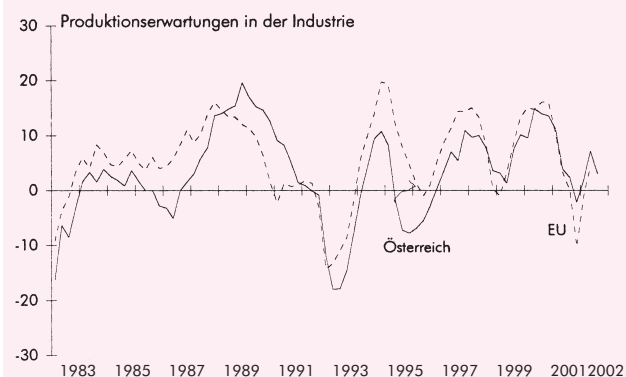
Die Konjunkturschwäche lässt im Euro-Raum die Arbeitslosenquote kontinuierlich steigen. Die auf Umfragen in der EU basierende saisonbereinigte Quote stagnierte im Juli bei 8,3%. Den stärksten relativen Anstieg der Quote verzeichneten in den vergangenen 12 Monaten laut Eurostat Österreich, die Niederlande, Irland und Luxemburg.

ANHALTENDER PESSIMISMUS IN DER ÖSTERREICHISCHEN SACHGÜTER-ERZEUGUNG

Die Erwartungen der Sachgütererzeuger für die kommenden drei Monate haben abermals nachgegeben. Die eher unsicheren Angaben zur Beurteilung der Lage in sechs Monaten stagnierten hingegen etwas über dem langjährigen Durchschnitt. In jenen Branchen, in denen sich eine bevorstehende Konjunkturerholung zuerst ankündigen müsste – der Erzeugung von Vorprodukten und Investitionsgütern –, haben sich die Produktionserwartungen verschlechtert bzw. auf niedrigem Niveau stabilisiert. Offenbar waren die Erwartungen in der ers-

Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt



ten Jahreshälfte überzogen. Auch die Produzenten von dauerhaften Konsumgütern spüren die Konjunkturschwäche, sie sehen ebenfalls keinen Aufschwung in naher Zukunft.

In der Konjunkturumfrage des WIFO für August brachten Österreichs Unternehmen abermals ihre skeptische Einschätzung der Konjunkturlage in der nahen Zukunft zum Ausdruck. Sowohl in der Sachgüterproduktion als auch im Dienstleistungssektor fielen die Angaben pessimistischer aus als in der letzten Befragung.

Laut Statistik Austria lag im Mai 2002 die abgesetzte Produktion um 2,3% unter dem Vorjahreswert, die Auftragseingänge um 0,1%. Den größten Rückgang verzeichneten die Produzenten von Kraftwagenteilen, Metallerteugnissen und der Bereich Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik. Hingegen zeigte der um Arbeitstageffekte bereinigte Produktionsindex im Mai einen Anstieg um 1,2% gegenüber dem Vorjahr, im Juni von 2,8%.

Der Wert der Bauproduktion stieg in den Monaten Jänner bis Mai um 0,2% gegenüber dem Vorjahr. Nach einem sehr guten April-Ergebnis unterschritt der Produk-

tionswert im Mai wieder das Vorjahresniveau. In der Baubranche hat sich die Einschätzung der künftigen Entwicklung gegenüber der vorhergehenden Umfrage nicht verändert. Nach wie vor liegen die Auftragsbestände im Hochbau deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Im Tiefbau wird die Lage ähnlich ungünstig beurteilt. Allerdings werden die nach dem Hochwasser nötigen Reparatur- und Wiederherstellungsarbeiten die Nachfrage nach den Leistungen beider Bereiche erhöhen.

Mehr und mehr schlägt sich die seit einiger Zeit anhaltende Konjunkturschwäche auch im Dienstleistungssektor nieder. Im Bereich der Datenverarbeitung und Datenbanken sowie in den unternehmensnahen Dienstleistungen werden sowohl die aktuelle als auch die künftige Geschäftslage unterdurchschnittlich bewertet.

POSITIVER AUSSENBEITRAG STÜTZT DIE ÖSTERREICHISCHE KONJUNKTUR

Trotz schwacher Exportkonjunktur steigt der Außenbeitrag kräftig. Handels- und Leistungsbilanz weisen erstmals seit langem wieder Überschüsse aus. Das ist primär die Folge der außerordentlich schwachen Inlandsnachfrage, die einen starken Rückgang der Importe bewirkte.

Das vorläufige Außenhandelsergebnis für Mai zeigt einen Rückgang des Exports um 1,4%. Die Einfuhr verringerte sich mit -9,2% deutlich stärker, sodass sich der Handelsbilanzsaldo von einem Defizit von 430 Mio. € im Mai 2001 in einen Überschuss von knapp 109 Mio. € drehte.

Kumuliert ergab sich seit Jahresanfang eine Abnahme der Importe um 5,1%, während die Ausfuhr noch leicht um 1,6% gesteigert werden konnte. Der Export in Drittländer stieg um 7,2%, die Lieferungen in EU-Länder blieben jedoch um 1,7% unter dem Vorjahresergebnis. Der Handelsbilanzsaldo reduzierte sich von -2,57 Mrd. € (Jänner bis Mai 2001) auf -380 Mio. € in der Vergleichsperiode 2002. Der beträchtliche Rückgang der Importe resultierte vor allem aus der Abnahme der Einfuhr von Industriewaren. Die Einfuhr von Investitionsgütern verringerte sich um 10%, jene von Konsumgütern um 5%. Das deutet auf die Schwäche der Binnennachfrage, insbesondere der Investitionen hin.

Auch in der auf Cash-Daten basierenden monatlichen Leistungsbilanz drehte sich im 1. Halbjahr der Saldo von einem Defizit von 1,82 Mrd. € (1. Halbjahr 2001) in einen Überschuss von 0,8 Mrd. € (1. Halbjahr 2002). Die Wareneinfuhren waren exportseitig um 5% höher als im Vorjahr, importseitig um 1% niedriger. Dadurch schrumpfte das Defizit im Warenverkehr auf 1,78 Mrd. €.

Nach ersten Schätzungen stiegen die Umsätze im Tourismus im Zeitraum Mai bis Juli gegenüber dem Vorjahr um 6% auf 4,33 Mrd. €. In der zweiten Hälfte der Sommersaison dürfte sich das Wachstum aber erheblich verlangsamen, auch ein Rückgang ist nicht auszuschließen. Zum Teil liegt dies an der Hochwasserkatastrophe, welche nicht nur die heimischen Tourismusbetriebe schädigte, sondern auch einen Kaufkraftausfall der Gäste aus Deutschland und Tschechien zur Folge hat. Ein weiterer Grund ist die Konjunkturschwäche in Europa, welche die Reiseausgaben der privaten Haushalte dämpft.

INFLATIONSRATE GEHT ZURÜCK

Die realen Einzelhandelsumsätze stagnierten im 1. Halbjahr auf dem Vorjahresniveau. Im II. Quartal blieb die Entwicklung hinter den Erwartungen zurück. Die Zahl der Pkw-Neuzulassungen war im 1. Halbjahr wesentlich geringer als im Vorjahr, sie stabilisierten sich aber im Juli.

Der Preisauftrieb lässt weiter nach. Die Inflationsrate ging von 1,7% im Juni auf 1,6% im Juli zurück. Im Jahresvergleich wirkte nach wie vor die Verbilligung im Bereich der Nachrichtenübermittlung inflationsdämpfend. Zudem verteuerten sich Gesundheitspflege und Bekleidung im Juli schwächer als im Juni 2002. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex lag im Juli um 1,5% über dem Vorjahresniveau. Im Großhandelspreisindex ist die sinkende Tendenz noch stärker ausgeprägt als auf der Verbraucherebene.

KONJUNKTURSCHWÄCHE SCHLÄGT SICH DEUTLICH AUF DEM ARBEITSMARKT NIEDER

Der Rückgang der aktiven Beschäftigung hielt im August an. Gleichzeitig stieg die Zahl der Arbeitslosen auf einen Höchstwert von fast 199.700; die Arbeitslosenquote erhöhte sich auf 5,8%.

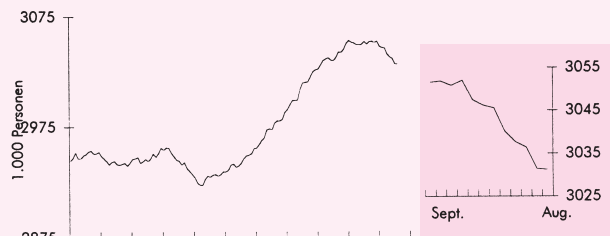
Der Mangel an Wirtschaftsdynamik schlägt sich sehr deutlich in der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit nieder. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten (ohne Kindergeldbezieherinnen und Präsenzdienner) lag im August um 17.600 unter dem Vorjahreswert; das entspricht einem Rückgang um 0,6%. Insbesondere in der Sachgütererzeugung, im Bauwesen, in der Energieproduktion sowie dem Verkehrs- und Nachrichtenwesen gingen Arbeitsplätze verloren.

Der geringe Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften spiegelt sich auch in der Zahl der gemeldeten offenen Stellen,

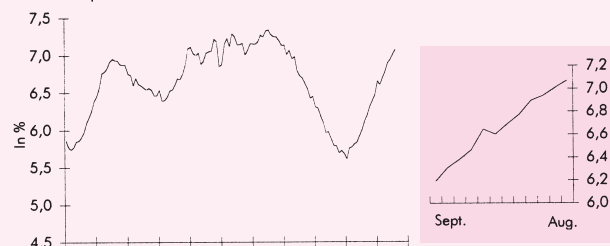
Wirtschaftspolitische Eckdaten

Saisonbereinigt

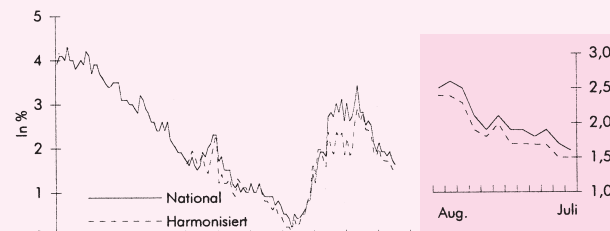
Unselbständig Beschäftigte¹⁾



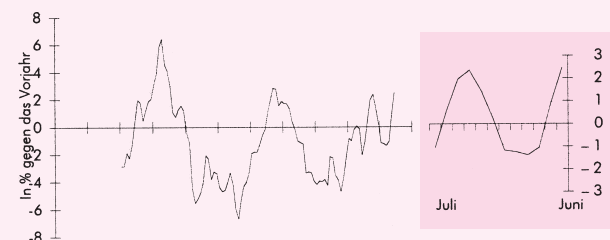
Arbeitslosenquote



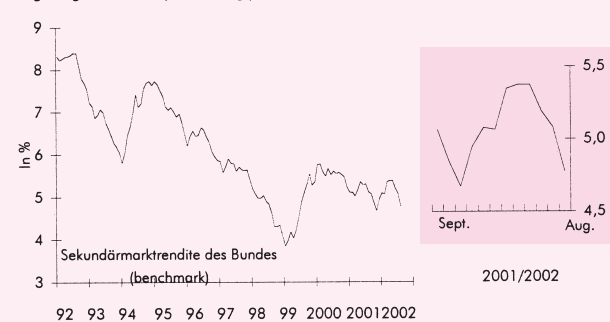
Inflationsrate



Effektiver Wechselkurs, real (unbereinigt)



Langfristiger Zinssatz (unbereinigt)



¹⁾ Ohne Präsenzdienner und Kindergeldbezieher.

len, welche sich in den letzten drei Quartalen jeweils um rund ein Viertel verringerte. Die Arbeitslosigkeit hat steigende Tendenz. Im August waren 199.700 Arbeitslose beim AMS gemeldet, um 16,6% mehr als im Vorjahr. Betroffen vom Anstieg waren vor allem Produktionsberufe (+9.000 oder +18,1%) in der Metall- und Elektrobranche sowie Hilfsberufe.

Die Arbeitslosenquote nach AMS-Definition stieg im August sowohl gegenüber dem Vorjahr (von 5,1% auf 5,8%) als auch saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat (von 7,0% im Juli auf 7,1% im August). Die saison-

bereinigte Arbeitslosenquote gemäß Eurostat-Definition erhöhte sich auf 4,2%.

Abgeschlossen am 9. September 2002.

 WORKING PAPERS

- Nr. 171 • 2001 **SUR Estimation of Error Components Models With AR(1) Disturbances and Unobserved Endogenous Effects**
Peter Egger
- Nr. 172 • 2001 **Should Higher Education Students Pay Tuition Fees?**
Gudrun Biffl, Joseph E. Isaac
- Nr. 173 • 2001 **Was ECB's Monetary Policy Optimal?**
Fritz Breuss
- Nr. 174 • 2001 **Structural Policy Reform and the Distribution of FDI in Europe**
Fritz Breuss, Peter Egger, Michael Pfaffermayr
- Nr. 175 • 2001 **Optimal Investment in R&D with International Knowledge Spillovers**
Sergei Aseev (IIASA), Gernot Hutschenreiter (WIFO), Arkadii V. Kryazhimskii (IIASA)
- Nr. 176 • 2001 **The Finance-Growth Nexus Revisited. New Evidence from OECD Countries**
Franz R. Hahn
- Nr. 177 • 2001 **E3 Impacts of Domestic Emissions Trading Regimes in Liberalised Energy Markets. Carbon Leakage or Double Dividend?**
Daniela Kletzan, Angela Köppl, Kurt Kratena
- Nr. 178 • 2001 **How Effective are the ILO's Labour Standards under Globalisation?**
Gudrun Biffl, Joseph E. Isaac
- Nr. 179 • 2001 **Competitive Economic Performance: The European View**
Karl Aiginger, Michael Landesmann
- Nr. 180 • 2001 **Road Pricing for Heavy Goods Vehicles Transport. Assessing the Economic Impact in a Disaggregated Macroeconometric Model**
Kurt Kratena, Wilfried Puwein
- Nr. 181 • 2001 **Financial Development and Output Growth Fluctuation. Evidence from OECD Countries**
Franz R. Hahn
- Nr. 182 • 2001 **Industrial Structure and Aggregate Growth**
Michael Peneder
- Nr. 183 • 2001 **Determinants of the Adoption of Information and Communication Technologies (ICT)**
Heinz Hollenstein

Verkaufspreis EUR 8,00 • Kostenloser Download:

http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.search?p_typeid=3&p_language=1&p_type=0